

EINE PERSÖNLICHE POSITIONSFESTELLUNG ANLÄSSLICH EINER
PODIUMSDISKUSSION MIT JOHANNES VOGGENHUBER
AM 12. SEPTEMBER 2012 IN WIEN BEIM GRÜNEN CLUB.

Argumente zu EU und Euro - Krise

9. September 2012



2012

Dipl. Ing. Dr. Klaus Woltron,
A 2630 Ternitz, Ährenweg 41,
Tel. 02630 - 38511; Fax - DW 13
A 1010 Wien, Passauerplatz 2
0222 - 5338431; Fax - DW 13
e-mail: woltron@woltron.com
Web: <http://www.woltron.com>

1010 WIEN, PASSAUERPLATZ 2

Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode

Shakespeare, Hamlet.

Wahrscheinlich ist, dass die Euro-Zone aufgrund der Politik unter deutscher Führung für unbestimmte Zeit zusammengehalten wird, ewig allerdings nicht. Die dauerhafte Spaltung der Europäischen Union in Gläubiger- und Schuldnerstaaten, wobei die Gläubiger die Bedingungen diktieren, ist politisch inakzeptabel. Falls und wenn der Euro letztendlich auseinanderbricht, wird dies den gemeinsamen Markt und die Europäische Union zerstören. Europa würde schlechter dastehen als vor Beginn der Einheitsbestrebungen, weil ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone ein Vermächtnis des gegenseitigen Misstrauens und der Feindseligkeit hinterlassen würde. Je später dies eintritt, umso schlimmer die Auswirkungen. Dabei handelt es sich um derartig trostlose Aussichten, dass es Zeit wird, über Alternativen nachzudenken, die bis vor kurzem noch unvorstellbar waren.

George Soros, DER SPIEGEL, Sept. 2012

Zäumt man ein Pferd von hinten auf, so folgt es nicht dem Zügel

Eigenbau



Eine nüchterne Betrachtung der Fakten

Kernaussage	Gründe und Argumente
1 Die Europäische Finanzkrise ist ein der weltweiten Finanzkrise nachgeordnetes Phänomen.	Geldvermehrung und Öffnung der Schere zwischen Fair Value und Geldmenge ist, insbesondere nach Verlassen des Goldstandards (Bretton Woods) unausweichlich im herrschenden Geldsystem begründet und erzeugt wegen des inhärenten, mit der Realwirtschaft nicht mehr synchronisierbaren, Wachstumszwangs periodische Krisen und Zusammenbrüche.
2 Die Balance zwischen Ersparnissen und rentierlichen Investitionen ist nicht mehr gegeben. Ersparnisse werden durch unterschiedliche Effekte zunehmend vernichtet. Es hat ein vor dem Bürger ängstlich verborgener, verbissener weltweiter Krieg um die zukünftige Verteilung dieser erwartbaren Verluste eingesetzt.	<ol style="list-style-type: none"><li data-bbox="1137 855 1881 1002">1. Für die gesamte Welt müssen die Ersparnisse genau gleich den Investitionen sein. In Zeiten schwacher Kapitalnachfrage werden die realisierbaren Ersparnisse durch die erzielbaren Investitionen limitiert.<li data-bbox="1137 1015 1881 1241">2. Überschüssige Ersparnisse werden reduziert auf die Höhe der Investitionen durch zusätzlichen Privatkonsum in den nicht sparenden Ländern, durch zusätzliche Staatsausgaben sowie durch Fehlinvestitionen, das heißt durch beabsichtigte Investitionen, die sich als unrentabel erweisen.<li data-bbox="1137 1254 1881 1316">3. Das bis vor Kurzem reichste Land der Welt, die USA, nimmt etwa zwei Drittel aller Sparüberschüsse der

3 Der Euro wurde aus unterschiedlichen Motiven, und trotz massiver Warnungen namhafter Experten, unter dem Kontext „Kitt für Europa“ und als Instrument zur Sicherung der Unumkehrbarkeit auf dem Weg zu einem Vereinten Europa (H. Kohl) eingeführt.

4 Der individuelle Hauptgrund für Europäische Finanzkrise ist der Irrglaube an einen kurzfristig herstellbaren Gleichschritt vollkommen unterschiedlicher

einzelnen Länder auf, derzeit 483 Milliarden Dollar.

4. Finanziert wird das, rein rechnerisch, fast genau durch die Sparüberschüsse von Deutschland (209 Milliarden), China (197 Milliarden) und Japan (89 Milliarden) zusammen.
5. Ob dieses gewaltige Kapital sich amortisiert und dann verzinst bzw. zur Gänze rückerstattet wird, ist höchst zweifelhaft.

Die unterschiedlichen Motive, knapp zusammengefasst:

1. Der Mut der Unwissenheit und die Begeisterung in der Pionierphase der Euro - Konzeption, und ein Denken „*Später werden wir das schon irgendwie richten.*“
2. Die Begeisterung von politischen Selbstverwirklichern (Chirac, Waigel, Kohl etc.) die unsterblich werden wollten und die Warnungen zahlreicher Experten nicht ausreichend ernst genommen haben.
3. Die Absicht der Franzosen und deren Geistesverwandten, die wirtschaftsstarken Deutschen einzubinden und damit sanft zu bändigen
4. Die mangelnde Analyse und der Herdentrieb tausender Adabeis in Politik und Presse sowie das Desinteresse der Allgemeinheit (auch meines damals!) an den möglichen Auswirkungen dieses Zwangsjacken - Systems.

Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft lassen sich durch eine gemeinsame Währung nicht ausgleichen – im Gegenteil. Jeder Manager, der einmal in einem interna-

Volkswirtschaften, Steuer - und Arbeitskulturen sowie das durch den Euro eingeführte trügerische Vertrauen der Finanzmärkte in die Sicherheit von Krediten an schwache Staaten, welches sich nun als unbegründet herausstellt.

5 Einer der Gründe für die hohe Verschuldung südlicher Staaten ist die mit der Euro - Einführung und den EU - Subventionen erzeugte Geldschwemme, welche zu vielen *stranded Investments* und faulen Krediten führte (Stichwort: Immobilien in Spanien und Italien).

6 Die südlichen Staaten werden viele Jahrzehnte brauchen, um – vielleicht – eine ähnliche Leistungskraft zu entwickeln wie der Norden –und der wird ebenfalls nicht stehenbleiben. Der Norden kann hohe Unterstützungsleistungen allerdings nicht ohne schwere Beeinträchtigung seines eigenen Fortkommens durchfinanzieren.

tionalen Konzern gearbeitet hat, weiß das. Nicht ohne Grund gibt es im z.B. auch im Sport unterschiedliche Gewichts – und Leistungsklassen sowie Ligen – eben zwecks Herstellung einer gewissen Chancengleichheit.

Die zum Zwecke der Herstellung von Gleichgewichtsdruck eingeführte *Bail – Out – Clause* (Maastricht) wird häufig verletzt - inzwischen über 60 Mal, ohne dass auch nur ein einziges Mal die für diesen Fall vertraglich vereinbarten Sanktionen beschlossen wurden.

Investoren nahmen irrtümlicher Weise (wie man sieht, nur zum Teil) an, eine de – facto - Haftungsunion wäre gegeben, und fluteten schlechte Schuldnerstaaten mit Geld. Dies ist (wäre!) aber qua Maastricht – Vertrag ausgeschlossen. Der Bürger merkt, dass Verträge nur Papier sind und im Ernstfall regelmäßig sanktionslos missachtet werden. Und die Mitgliedstaaten übersahen, dass sie dem Risiko eines Bankrotts ausgesetzt sein könnten, wenn sie ihr Recht, Geld zu drucken, an die EZB abgeben (Soros).

Die Kosten dafür übersteigen nach aller Wahrscheinlichkeit bei weitem die Kraft der nördlichen Staaten, sie werden sie nicht aufbringen können und wollen. Dauersubventionen würden die Anstrengungen, aus eigener Kraft aus der Misere herauszufinden, lähmen (Beispiel Süditalien, Verstaatlichte Industrien weltweit). Positives Gegenbeispiel: Irland. Es kommt zu einer Schwächung, einem Bremseffekt der die international Konkurrenzfähigen – mit einem dem der gesamteuropäischen Zielsetzung entgegengesetzten Effekt.

7 | Bankschulden und Staatsschulden sind eng verzahnt. Die kontinentalen Bankschulden liegen alle im Süden und Westen Europas. Deutschland und Österreich haben ihre Banken bereits saniert, und jetzt sollen sie für die anderen Banken noch einmal Geld bereitstellen, weil die dortigen Länder die Sanierung immer weiter hinausgeschoben haben.

Die Konsequenzen einer Vergesellschaftung von Schulden und Haftungen wird Europa insgesamt schwächen. Die mancherseits geforderte Solidarität heißt, das Geld der mittel- und nordeuropäischen Steuerzahler an reiche Spekulanten zu verschleudern.

8 | Eine Vergemeinschaftung der Schulden und Risiken samt einer proportionalen Kontrolle wäre nur vermittelt einer rigiden zentralen Organisation, Willensbildung, Kontrolle und Durchsetzungskraft möglich: United States of Europe.

9 | Die Krise wird, zuerst in Griechenland, dann aber auch in Portugal, Spanien und Italien kulminieren und dazu führen, dass schwere Einbrüche im Bankensystem, vergleichbar mit Lehman, eintreten. Die EZB wird ihr Pulver ebenfalls, ohne Erfolg, verschießen.

„Es ist schlechterdings unmöglich, die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas für die Absicherung dieser Schulden in die Haftung zu nehmen, zumal riesige Verluste aus der Finanzierung der inflationären Wirtschaftsblasen der südlichen Länder absehbar sind.Es ist undemokratisch, den kleinen österreichischen Steuerzahler zur Kasse zu bitten für die Abdeckung der massiven Verluste von großen Bankiers.Der inländische Steuerzahler, Pensionist und Sparer soll zur Finanzierung von Schulden im fernen Ausland, zumal in Spanien, belangt werden.“
(Streissler, Sept. 2012)

Diese wird sich im Rahmen angemessener Zeiträume nicht herstellen lassen (z.B. Widerstand Frankreichs, aber auch vieler anderer) und wenn, dann zahnlos bleiben. Die ganz aktuellen Vorschläge aus der BRD werden bereits heftig kritisiert. Die Konditionen des ESM werden sich, wie die Bail – Out – Clause, nicht konsequent durchsetzen lassen. Dazu würde eine Brutalität gehören, die letztes Mal nur das Römische Reich aufgebracht hat.

Nach der allgemeinen Erkenntnis der Bürger, dass ihre Kaufkraft hinterrücks – zum Wohle staatlicher und privater Gläubiger – systematisch verdünnt wird, ohne dass dem offiziellen Ziel – der Sanierung des Südens – damit gedient wäre, wird sich eine schwere politische Krise, Zank und Hader, ereignen, deren Ausgang völlig ungewiss ist.. Der Schock wird wahrscheinlich zu einer zweigeteilten Union und einer neuen

- | | | |
|----|---|---|
| 10 | Weitere Transfers werden unvermeidlich sein. | Euro –Ordnung führen.
Beträchtliche Kapitalien müssen vollständig abgeschrieben werden, die südlichen Staaten brauchen trotz neuer Ordnung weiter Unterstützung, allerdings in einem übersichtlichen Rahmen. |
| 11 | Die Entfremdung zwischen den Staaten und der Backlash zum Nationalismus wird weitergehen – das Gegenteil des Friedensprojekts EU könnte sich anbahnen. | Die offensichtlich immer aggressivere Diskussion samt Klassenkampf – Start zeigt ein Auseinanderdriften der Staaten. (Zwangsanleihen – Diskussion). Die Bürger der nördlichen Staaten fühlen sich betrogen und hinters Licht geführt, jene der südlichen werden von Demagogen gegen die „Ausbeuter“ aufgehetzt. Deutschland, das größte Geberland, wird zum Sündenbock gestempelt. Das führt im Endeffekt wieder zu neuem Nationalismus und staatlichen Egoismen (Frankreich, Autokrise etc.) |
| 12 | Lösungen können auf Grund der Selbsthemmung des Systems nur in kleinen und überblickbaren Schritten geschehen- und kleine Schritte we(ü)rdern nicht ausreichen, um die Lawine des drohenden Zwangsausgleichs aufzuhalten. | Große Systemfehler sind immer nur durch eine große Sanierung zu beseitigen, das tut weh und bedarf eines gewaltigen Anstoßes, eindeutigen Durchgriffs und einer mächtigen Projektleitung. |
| 13 | Die Dynamik der Entwicklung läuft so schnell, dass die EU - Entscheidungsmechanismen nicht rechtzeitig agieren können. Das aktuelle System ist selbsthemmend. | In der jetzigen Form ist die EU unfähig zur wirksamen Selbsterneuerung. Die Euro – Krise droht das gesamte Europaprojekt in sein Gegenteil zu verkehren. Ohne ein gewaltiges Schock - Ereignis werden die Staaten niemals zusammenfinden: Die Frage ist, ob dieses unvermeidliche Ereignis die Union zusammenschweißen oder sprengen wird. |
| 14 | Eine monetäre Aufspaltung der EU in schnelle und langsame Staaten sowie die Möglichkeit einer „Quarantäne – Lösung“ für besonders schwere Fälle wie | Aufkäufe von Anleihen maroder Staaten durch die EZB sind rechtswidrig und kontraproduktiv, da es sich nur um Symptombekämpfung, Aufschub und Kreation neuen, virtuellen |

Griechenland, (befristetes Ausscheiden mit Wiedereinstiegsgarantie nach Erreichen definierter Ziele) , wäre die glimpflichste Lösung, um eine Flexibilisierung der Restrukturierung und eine auch zeitliche Entlastung auf dem Weg zu einer weiteren Annäherung der europäischen Staaten zu schaffen.

Weitere Transfer – und Entwicklungshilfe- Zahlungen („Startkapital nach Ausgleichsverfahren“) könnten sodann ohne den Ressentiment – stiftenden zwischenstaatlichen Controllergeist, aber dennoch unter geordneten und flexiblen, individuell angepassten Umständen erfolgen.

und unproduktiven Kapitals für Spekulation handeln würde.

Die Alternativen und Kriterien für eine realistische Lösung mit Erfolgswahrscheinlichkeit könnten etwa so beschaffen sein:

1. Erstellung einer Abschätzung des zu erwartenden Abschreibungs – und Kapitalbedarfs samt Abschätzung der Kosten für einen Zehnjahres – Zeitraum für die peripheren Staaten, sodann -
2. Gegenüberstellung zur Leistbarkeit durch die Geberländer und die zu erwartenden Konsequenzen in diesen Ländern für die Staatsfinanzen.

3. Nach diesem Kassasturz:

- **Variante 1:**

- i. Modifizierte Fortsetzung der jetzigen Politik: Schaffung einer Finanzbehörde, welche die EZB und den ESM umfasst. Die Interessen der Gläubiger sollen und können geschützt werden, indem man ihnen bei Entscheidungen, durch die sie überproportional betroffen wären, ein Vetorecht einräumt. Das ist im Abstimmungssystem des ESM bereits berücksichtigt, wo es für jede wichtige Entscheidung einer Mehrheit von 85 Prozent bedarf. Dieser Modus sollte auch in die Regelun-

gen für die Finanzbehörde aufgenommen werden. (modifizierter Soros – Vorschlag, weiter s. ¹).

- ii. Zusammenfassung all dessen in einer Roadmap, inkludierend die Abfolge der Schritte zu einer enger vernetzten, aber klar subsidiär organisierten Union.
- iii. **Wenn das Konzept klar ist: Informationskampagne und Paneuropäische**

¹ Die Finanzbehörde sollte einen Entschuldungsfonds einrichten - eine abgeänderte Form des von Merkels Sachverständigenrat vorgeschlagenen und von den Sozialdemokraten und den Grünen in Deutschland unterstützten Europäischen Schuldentilgungspaktes. Der Entschuldungsfonds würde Schuldtitel, die über 60 Prozent des BIP hinausgehen, unter der Bedingung aufkaufen, dass die betroffenen Länder von der Finanzbehörde gebilligte Strukturreformen durchführen. Der Fonds würde die Schulden nicht streichen, sondern die Schuldtitel halten. Weicht ein Schuldnerland von den vereinbarten Bedingungen ab, würde ihm der Fonds eine angemessene Strafe auferlegen. Wie aufgrund des Fiskalpakts gefordert, müsste das Schuldnerland nach einem Moratorium von fünf Jahren seine Überschuldung um fünf Prozent jährlich senken. Aus diesem Grund muss Europa ein nominales Wachstum von bis zu fünf Prozent anstreben.

Womit wir bei dem zweiten Ziel einer wirksamen Wachstumspolitik wären, die auf ein nominales Wachstum bis zu fünf Prozent abzielt. Dieser Wert ist notwendig, damit die schwer verschuldeten Länder die Voraussetzungen des Fiskalpakts erfüllen können, ohne in eine deflationäre Schuldenfalle zu geraten. Dieses Ziel kann nicht erreicht werden, solange Deutschland an der asymmetrischen Interpretation monetärer Stabilität der Bundesbank festhält. **Wenn es im Euro bleiben will, ohne die Europäische Union zu zerstören muss Deutschland für einen begrenzten Zeitraum eine Inflation von über zwei Prozent akzeptieren.**

Volksabstimmung(en).

- **Variante 2: Austritt** der Geberländer, Schaffung eines Europa der 2 Geschwindigkeiten. Ende des Euro in seiner jetzigen Form². Diese Variante scheint mir als proaktiv, als Ziel, in der jetzigen Gesamtsituation nicht realistisch zu

² Bei einer freundschaftlichen Trennung kommt es sehr darauf an, wer wen verlässt, denn die angehäuften Schulden sind in einer gemeinsamen Währung denominiert. Verlässt ein Schuldnerland die Euro-Zone, steigt der Wert seiner Schulden entsprechend der Abwertung seiner Währung. Das betreffende Land mag vielleicht wettbewerbsfähig werden, aber es könnte seine Schulden nicht mehr bedienen, und das würde unkalkulierbare Verwerfungen an den Finanzmärkten auslösen. Der gemeinsame Markt und die Europäische Union sind vielleicht in der Lage, einen Zahlungsausfall eines kleinen Landes wie Griechenland zu verkraften, vor allem wenn er weithin erwartet wird, aber die Trennung von einem größeren Land wie Spanien oder Italien könnte man nicht überleben. Doch selbst ein Bankrott Griechenlands könnte sich als fatal erweisen. Dies würde einer Kapitalflucht Vorschub leisten und die Finanzmärkte zu Baisse-Manövern gegen andere Länder ermutigen. Der Euro könnte daher ebenso auseinanderbrechen wie der Wechselkursmechanismus im Jahr 1992.

Würde, im Gegensatz dazu, Deutschland austreten und die Währungsunion in die Hände der Schuldnerländer legen, fielen der Euro, und die angehäuften Schulden würden mit der Währung abwerten. Praktisch alle momentan unlösbaren Probleme würden sich lösen. Die Schuldnerländer würden ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen, ihre realen Schulden würden sich verringern und, da die EZB diese Schulden unter ihrer Kontrolle hätte, würde sich die Bedrohung des Zahlungsausfalls in Luft auflösen. Ohne Deutschland hätte die Euro-Zone kein Problem bei der Vollführung einer Kehrtwende, für die man andernfalls die Zustimmung von Kanzlerin Merkel benötigte. (Soros, SPIEGEL 9. Sept. 2011)

sein. Sie könnte abrt mit einiger Wahrscheinlichkeit der letzte Ausweg nach einem Scheitern der Variante 1 sein.

Zusammenfassung und Schlussfolgerung:

Sowohl die Variante 1 als auch, insbesondere, die Variante 2 setzen eine bedeutende Entschlusskraft mehrerer EU – Staaten, und das gegen den Willen der Mehrheit der Bürger, voraus. Man muss als Realist daher damit rechnen, dass es lediglich weitere kleine Schritte und damit das im Anhang geschilderte Ergebnis erwartet werden muss. Die primäre Fehlkonstruktion der EU in Verbindung mit der überstürzten Einführung des Euro birgt zugleich den Keim ihres Untergangs und damit einer Periode von einer Lost Generation.

Man hat das Pferd von hinten aufgezäumt und kann es jetzt nicht mehr zügeln.



Semifinale im Euro- Turnier³

Politik als Pfusch des Unmöglichen.

Im Herbst wird ein europäisches Schlachtfeld eröffnet: Auf Gipfelkonferenzen, in Fernsehdebatten und auf der Straße. Der Euro spaltet den Kontinent in Nord und Süd, Staaten in Fordernde und Verweigernde, die Parteien in Fans von Transfers und verbissene Gegner. Der Süden fühlt sich von den Geberstaaten erpresst, der Norden hat es mit zunehmend zahlungsunwilligen Bürgern zu tun. Totgeglaubte Ressentiments finden Nahrung durch alte und neue Populisten. Jüngst wird berichtet, dass die zentraleuropäischen Staaten Verlierer an der Inflationsfront und von Regierungen und statistischen Ämtern hinters Licht geführt worden seien. Man stünde einer bestens vernetzten Vernebelungsmaschinerie gegenüber, die unverdrossen versucht, das Scheitern des größten Projekts der jüngeren Geschichte Europas zu verbergen, dem Bürger noch verderblichere Schritte schmackhaft zu machen und mit der Macht des schicksalhaft Unvermeidlichen aufzuzwingen.

Dieser steht diesem Tohuwabohu fassungslos gegenüber. Für Besonnene und Realisten ist es Zeit, einen Blick in die Faktenlage zu tun.

1. Das Euro - Debakel ist ein der weltweiten Finanzkrise nachgeordnetes Phänomen. Die Öffnung der Schere zwischen Fair Value und Geldmenge ist im herrschenden Geldsystem begründet und erzeugt periodische Krisen und Zusammenbrüche. Europa ist da keine Ausnahme.
2. Der Hauptgrund für die europäische Finanzkrise ist das durch den Euro verursachte trügerische Vertrauen der Märkte in die Sicherheit von Krediten an wirtschaftlich schwache Staaten. Die mit der Euro - Einführung und den EU - Subventionen erzeugte Geldschwemme führte zu monströsen *stranded Investments*. Investoren fluteten schlechte Schuldnerstaaten mit nunmehr verlorenem Kapital. Die Unterschiede in der Bonität lassen sich jedoch durch eine gemeinsame Währung nicht ausgleichen.

³ Artikel im September – Heft des „Industriemagazin“

3. Die Länder im Süden werden viele Jahrzehnte brauchen, um – vielleicht – eine ähnliche Leistungskraft zu entwickeln wie der Norden. Dieser wiederum kann die Transfers nicht ohne schwere Beeinträchtigung von Investitionen in dessen eigene Zukunft finanzieren. Die weltweite Konkurrenzfähigkeit der EU würde nicht verbessert, sondern weiter geschwächt. Überdies lähmen Dauersubventionen Anstrengungen, aus eigener Kraft aus der Misere herauszufinden,.
4. Eine Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken ist nur vermittels einer rigiden zentralen Kontrolle beherrschbar. Diese wird sich im Rahmen angemessener Zeiträume nicht herstellen lassen und wenn, dann zahllos bleiben. Die *Bail – Out – Clause*, welche die Malaise eigentlich verhindern sollte, wurde über 60 Mal verletzt, ohne dass die klar vereinbarten Sanktionen erfolgten.
5. Die Konditionen z.B. des ESM werden sich ebenfalls nicht konsequent durchsetzen lassen. Dazu würde eine Brutalität gehören, die zuletzt nur das Römische Reich um die Zeitenwenden aufgebracht hat. Überdies hätten die notleidenden Staaten im Parlament und der EZB eine klare Mehrheit- mit allen auf der Hand liegenden Folgen.

Die Krise wird nach dem bevorstehenden Offenbarungseid Griechenlands in Portugal, Spanien und Italien kulminieren und dazu führen, dass schwere Einbrüche im Bankensystem eintreten. Die EZB wird ihr Pulver via Bazooka mit dem Ergebnis einer hohen Inflation und weiterer Benachteiligung der nördlichen Staaten letztendlich erfolglos verschießen. Sodann wird sich eine Verschärfung der politischen Krise einstellen, deren Ausgang völlig ungewiss ist. Enorme Kapitalien müssen abgeschrieben werden, die südlichen Staaten brauchen trotz eingeführter neuer Ordnung (evtl. währungstechnische Zweiteilung) weiter Unterstützung.

Die Entfremdung zwischen den Staaten und der Backlash zum Nationalismus wird wachsen – das Gegenteil des Friedensprojekts EU bahnt sich an. Die Bürger der nördlichen Staaten fühlen sich betrogen und hinter das Licht geführt, jene der südlichen werden von Demagogen gegen die „Ausbeuter“ aufgehetzt. Deutschland, das größte Geberland, wird zum Sündenbock gestempelt. Die anderen Geberstaaten, darunter auch Österreich, lassen diesem dabei in unwürdiger Weise den Vortritt.

In der jetzigen Form ist die EU unfähig zur Selbsterneuerung. Lösungen erfolgen nur in defensiven Schritten und werden nicht ausreichen, um die Dynamik des drohenden Zwangsausgleichs aufzuhalten. Ohne ein gewaltiges Schock - Ereignis werden die Staaten niemals zusammenfinden. Die Frage ist, ob das die Union zusammenschweißen oder sprengen wird. Die nächsten Monate werden uns einen repräsentativen Vorgeschmack darauf verschaffen.

Zahlen und Fakten⁴

EFSF

Die EFSF ist eines der Mittel der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Euro-Zone, die dazu dienen sollen, „die finanzielle Stabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu sichern“.⁴ Damit ist die EFSF Teil der allgemein als Euro-Rettungsschirm bezeichneten Maßnahmenpakete.

Im Vertrag von Maastricht, in dem die **Währungsunion 1992** beschlossen wurde, sollten finanzielle Unterstützungen für überschuldete Mitgliedstaaten ausgeschlossen werden. Deswegen legte der Stabilitäts- und Wachstumspakt den Mitgliedstaaten konkrete Defizit- und Verschuldungsgrenzen auf, und es wurde explizit eine strenge Nichtbeistands-Klausel („**No-Bailout-Clause**“) vereinbart, die eine Haftung der Union oder einzelner Mitgliedstaaten für die Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten untersagte. Damit sollte die Eigenverantwortung und Finanzdisziplin der einzelnen Staaten gewährleistet werden. So sollte auch das **Moral-Hazard-Problem verhindert werden, dass Mitgliedstaaten die Erwartung hegen, bei ungenügender eigener Haushalts- und Verschuldungsdisziplin darauf hoffen zu können, dass andere Staaten ihre Schulden zurückzahlen** (siehe auch Too Big to Fail). Allerdings wurde dieser Stabilitäts- und Wachstumspakt von den Staaten inzwischen über 60 Mal verletzt, ohne dass auch nur ein einziges Mal die für diesen Fall vertraglich vereinbarten Sanktionen beschlossen wurden. Anfang 2010 rutschten Griechenland und andere Eurozonen-Staaten in Verschuldungskrisen und die Staatsschuldenkrise im Euro-raum begann. Dadurch sahen sich die Eurozonen-Staaten veranlasst, im Mai 2010 den *European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM)* als provisorischen Stabilisierungsmechanismus zu verabschieden, um eine sich selbst verstärkende krisenhafte Entwicklung mit der Gefahr von Staatsbankrotten einzudämmen.

Da das Volumen dieser Maßnahmen jedoch nicht ausreichte, um die Krise einzudämmen, beschloss der Europäische Rat im Dezember 2010, den EFSM durch einen weitergehenden Stabilitätsmechanismus, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), zu ersetzen, der auch nach 2013 in Kraft bleiben soll. **Problematisch am Europäischen Stabilitätsmechanismus ist sein Verhältnis zur Nichtbeistandsklausel in Art. 125 AEU-Vertrag, die eine Haftung von Mitgliedstaaten oder der Europäischen Union als Ganzes für die Schulden anderer Mitgliedstaaten ausschließt.** Zur Rechtfertigung des vorläufigen Stabilisierungsmechanismus wurde zunächst Art. 122 AEU-Vertrag angeführt, der finanzielle Hilfen für einen Mitgliedstaat erlaubt, wenn dieser „aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gra-

⁴ Wikipedia, Der Spiegel, Focus; alle Juni 2012

vierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht“ wird. Auf Druck des Nicht-Eurolandes Großbritannien wurde durchgesetzt, dass bei Krediten für Staaten, die Mitglieder der Eurozone sind, lediglich die übrigen Eurostaaten haften. Allerdings können als Zahlungsbilanzhilfen für Nicht-Eurostaaten Kredite aufgenommen werden, für die alle Mitgliedstaaten der EU haften.

ESM

Wofür ist der ESM gedacht?

ESM steht für den „**Europäischen Stabilitätsmechanismus**“. Er soll das zentrale Instrument des europäischen Rettungsschirms werden und den übergangsweise eingeführten EFSF (**European Financial Stability Facility**) als Dauereinrichtung ablösen. Konkret soll er Mitgliedsstaaten der Eurozone mit Finanzhilfen unterstützen, wenn nötig. Die Hilfe ist an strikte Auflagen geknüpft – unter anderem an die Umsetzung des Fiskalpakts. **Der ESM firmiert als „internationale Finanzinstitution“.**

Woher kommt das Kapital?

Das Eigenkapital wird in Form von 80 Milliarden Euro Bareinlagen von den 17 Euro-Mitgliedsstaaten über die ersten fünf Jahre eingezahlt. Hinzu kommen 620 Milliarden Garantien. Da sich die Mitgliedsstaaten gemäß ihrer Anteile an der Europäischen Zentralbank am ESM beteiligen, entfallen auf Deutschland rund 27 Prozent. **Damit haftet Deutschland mit 190 Milliarden Euro. Der Betrag teilt sich auf in 22 Milliarden Euro Bareinlagen und 168 Milliarden Euro Garantien.**

Allein im Jahr 2012 muss Deutschland rund 8,7 Milliarden Euro Kapital in den ESM einzahlen, die Neuverschuldung des Bundes steigt daher von 26,1 auf 32,1 Milliarden Euro. Kritiker bringen vor, dass Deutschland sich früher oder später mit seiner Krisenhilfe übernimmt – auf Kosten der Steuerzahler.

Was passiert, wenn Mitgliedsstaaten nicht einzahlen können oder austreten?

Fällt ein Mitgliedsland aus, erhöht sich der Anteil der verbleibenden Mitglieder entsprechend. Daher blickt die Politik und die Finanzwelt mit Besorgnis auf die Wackelkandidaten Italien und Spanien, da sie große Anteile an der Finanzierungslast tragen.

Allein auf Spanien entfallen zehn Milliarden Kapital und 74 Milliarden Garantien – zumindest theoretisch. Denn das klamme Land musste bereits für seine maroden Banken um Finanzhilfe bitten. **Ob es da seinen Anteil am ESM stemmen kann, scheint fraglich.**

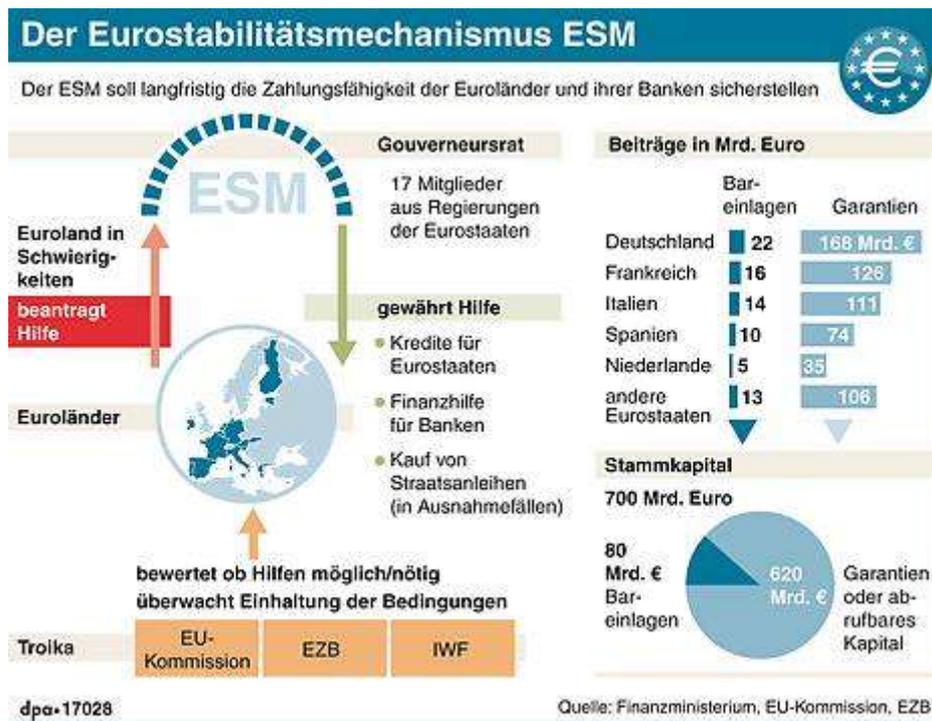
Wer entscheidet, wem mit dem ESM geholfen wird?

Prinzipiell kann jedes Euro-Land Hilfe beantragen, wenn es große Finanzierungsprobleme über den Kapitalmarkt hat oder die Banken des Landes gerettet werden müssen. Ob die Hilfe geleistet wird, entscheidet der **Gouverneursrat des ESM**.

Dabei handelt es sich um ein eigenes Entscheidungsgremium. Der Gouverneursrat wird von den Regierungen der Euroländer bestimmt und **besteht aus den 17 Finanzministern der Mitgliedsstaaten und deren Vertretern**. Dieser Gouverneursrat wählt wiederum ein Gremium mit 17 Direktoren plus Vertreter, die den Rat unterstützen und kontrollieren sollen.

Wer kontrolliert die Entscheidungen des Gouverneursrats?

In Deutschland muss sich der Gouverneur **zusätzlich die Zustimmung des Parlaments** holen – das ist aber bei Weitem nicht in allen Ländern so. Und **bei unvorhergesehenen Kapitallücken des ESM muss niemand Rücksprache mit dem Parlament halten**. Kritiker des ESM haben hier Sorge, dass es zu wenig demokratische Kontrollmöglichkeiten gibt. Denn in Deutschland hat grundsätzlich das Parlament über Budgetfragen der Bundesrepublik zu entscheiden.



Fiskalpakt

Worum geht es beim Fiskalpakt?

Im Kampf gegen die Schuldenkrise haben **25 von 27 EU-Staaten** im März 2012 den Pakt mit strengeren Haushaltsregeln unterzeichnet. Schärfere Vorgaben über eine Änderung der EU-Verträge scheiterten, da Großbritannien und Tschechien nicht mitziehen. Bei einem Referendum Ende Mai hatten zuletzt die Iren mit deutlicher Mehrheit dem Beitritt zum EU-Fiskalpakt zugestimmt.

Der Fiskalpakt verpflichtet die Unterzeichner unter anderem, ausgeglichene Haushalte anzustreben. Ferner sollen die Staaten nationale Schuldenbremsen einführen und in ihrem Recht verankern – kontrolliert vom Europäischen Gerichtshof EuGH.

Wann tritt der Fiskalpakt in Kraft?

Sofern ihn bis dahin zwölf Euro-Länder ratifiziert haben, tritt der Pakt spätestens Anfang 2013 in Kraft und wird binnen fünf Jahren in europäisches Recht überführt.

Was haben ESM und Fiskalpakt miteinander zu tun?

Der Fiskalpakt wird mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verknüpft. ESM-Hilfen erhalten nur die Euro-Länder, die auch den neuen Pakt unterzeichnet haben.

Der Fiskalpakt

Der „Vertrag für Stabilität, Koordination und Regierungsführung“, kurz Fiskalpakt, verpflichtet seine Unterzeichner zu strenger Haushaltsdisziplin. Das sind die Kernpunkte der internationalen Vereinbarung:



Wer kann den ESM und Fiskalpakt noch verhindern?

Die Linksfraktion im Bundestag hat angekündigt, Klage gegen den ESM und den Fiskalpakt einzureichen. Zusätzlich soll es Verfassungsbeschwerden aller 76 Abgeordneten geben. Auch die ehemalige Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider und der CSU-Politiker Peter Gauweiler gehen gegen den ESM auf die Barrikaden. Am Donnerstag lag zudem die Verfassungsbeschwerde eines unbekanntes Bürgers vor.

Die Linke will ihre Klagen unmittelbar nach den Abstimmungen am Freitag per Fax nach Karlsruhe schicken, gleichzeitig soll ein Kurier sich auf den Weg machen. Die Kläger rund um Staatsrechtler Schachtschneider machen sich persönlich auf den Weg zum Gericht, wollen ihre Klage vorher aber auch faxen.

Was sind die Argumente gegen die Pläne?

Dreh- und Angelpunkt der Kritik ist das Haushaltsrecht des Bundestages, das durch die Pläne womöglich beeinträchtigt wird. Denn de facto, so die Kritiker, werde die Budgethoheit

teilweise auf die europäische Ebene verlagert. Der Bundestag kann außerdem nicht aus dem Fiskalpakt aussteigen.

Über den ESM echauffieren sich die Kritiker auch deshalb, weil dadurch eine „quasi **bundesstaatliche Haftungsgemeinschaft**“ der Euro-Länder entstehe – und die Grenzen der Europäischen Integration, wie sie im Lissabon-Vertrag abgesteckt sind, überschritten seien.

Wann fällt die endgültige Entscheidung?

Mit einer Entscheidung des Gerichts über die einstweiligen Anordnungen ist innerhalb von einigen Wochen zu rechnen. Danach müsste es eine „Entscheidung in der Hauptsache“ geben. Mit dem Inkrafttreten zum 1. Juli, wie es ursprünglich geplant war, wird es also definitiv nichts mehr.

Was passiert, wenn die Kläger sich durchsetzen?

Im Eilverfahren trifft das Gericht nur eine einstweilige Anordnung. Das heißt, es könnte die Ratifizierung der Verträge aufschieben. Bei einer Hauptsacheentscheidung sind verschiedene Möglichkeiten denkbar: Sollten die Richter davon ausgehen, dass ESM und Fiskalpakt – oder ein Teil der Maßnahmen – die Grenzen dessen überschreiten, was unter dem Grundgesetz überhaupt möglich ist, könnten sie die jeweiligen Zustimmungsgesetze für nichtig erklären. Es wäre dann Sache der Politik, gegebenenfalls das Volk über ein neues, geändertes Grundgesetz abstimmen zu lassen.

Denkbar ist auch, dass die Richter zusätzliche Sicherungen fordern – etwa eine weitergehende Beteiligung des Parlaments bei Einzelentscheidungen. Wahrscheinlicher scheint Experten aber eine „Bis-hierher-und-nicht-weiter-Entscheidung“: Dies würde bedeuten, dass Deutschland nach dem ESM keine zusätzlichen Risiken mehr übernehmen dürfte.

Aufkäufe von Anleihen maroder Staaten durch die EZB sind EU – Rechts - widrig und kontraproduktiv, da es sich nur um Symptombekämpfung, Aufschub und Kreation neuen, virtuellen und unproduktiven Kapitals für Spekulation handeln würde.